

Bilanz-, Prüfungs- und Steuerwesen

Band 48

Unternehmensnachfolge und Erbschaftsteuer

Betriebsvermögensbegünstigungen im neuen Erbschaftsteuerrecht

Von
Dr. Florian Müller

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

**Weitere Informationen
zu diesem Titel finden Sie im Internet unter**

ESV.info/978-3-503-17432-4

Zugl.: Universität des Saarlandes, Diss., 2016, u. d. T.
„Unternehmensnachfolge im Spannungsfeld der Erbschaftsteuergesetzgebung –
Eine Untersuchung des Erbschaftsteuerrechts unter besonderer Berücksichtigung der historischen Rahmenbedingungen und der Auswirkungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 17.12.2014 betreffend die Betriebsvermögensbegünstigungen im Hinblick auf den gesetzgeberischen Transformationsprozess sowie das zukünftige Unternehmenserbschaftsteuerrecht“

Gedrucktes Werk: ISBN 978-3-503-17432-4

eBook: ISBN 978-3-503-17433-1

ISSN 1862-0922

Alle Rechte vorbehalten

© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 2017

www.ESV.info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen der Deutschen Nationalbibliothek und der Gesellschaft für das Buch bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992 als auch der ISO-Norm 9706.

Druck und Bindung: Hubert & Co., Göttingen

Geleitwort

Auf der Grundlage der zunehmenden Bedeutung des Generationenwechsels in Familienunternehmen und damit der Übertragungsmöglichkeiten im Rahmen der Nachfolge beschäftigt sich die vorliegende Dissertation mit den erbschaftsteuerlichen Folgen dieser Nachfolgeregelungen. Insbesondere stellt sich das Problem, dass in familiengeführten Unternehmen die Unternehmensübertragung von Todes wegen oder durch Schenkung zu Erbschaftsteuerzahlungen führen kann, die im Zweifel auch eine existenzgefährdende Bedrohung des Unternehmens bewirken kann. Gerade angesichts der überragenden Bedeutung der Familienunternehmen und des Mittelstandes für die deutsche Wirtschaft zeigt sich die Notwendigkeit, deren Fortbestand auch für den Fall derartiger Unternehmenstransfers zu sichern.

Die Regelungen im bisherigen Erbschaftsteuergesetz haben deshalb Elemente einer erbschaftsteuerlichen Begünstigung für die Übertragung von Betriebsvermögen beinhaltet. Das Bundesverfassungsgericht hat mit Urteil vom 17.12.2014 diesen Regelungen allerdings in der vorliegenden Form eine Absage erteilt. Genau an dieser Stelle setzt die Untersuchung von Herrn Dr. *Florian Müller* an. Der Verfasser setzt sich deshalb zur Aufgabe, die zwischenzeitlich veröffentlichten Entwürfe zur Gesetzesneufassung sowie die endgültige Gesetzesfassung im Kontext der verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen zu überprüfen; darüber hinaus möchte er die beabsichtigten Neuregelungen diesbezüglich beurteilen, ob eine Einordnung der angedachten Neuregelungen in das Gesamtgefüge des Erbschaftsteuerrechts möglich ist.

Herrn Dr. *Florian Müller* ist insgesamt eine hervorragende Aufarbeitung der Thematik rund um die Unternehmensnachfolge im Spannungsfeld der Erbschaftsteuergesetzgebung zu bescheinigen, gelingt es ihm doch, eine außerordentlich innovative betriebswirtschaftliche Analyse auf der Grundlage überaus komplexer steuerrechtlicher Fragestellungen vorzunehmen. Die Arbeit befindet sich im Zentrum der Betriebswirtschaftlichen Steuerlehre, wobei sie ausgehend von einer Darstellung des steuerrechtlichen Rahmens eine betriebswirtschaftliche Wirkungs- und Gestaltungsanalyse sowie eine Aufarbeitung im Sinne der Steuerrechtsgestaltung vornimmt. Die Ausführungen überzeugen insofern in besonderer Weise, als der Verfasser von einer grundsätzlichen historischen wie auch steuertheoretischen Einordnung der Problematik ausgeht und in diesem Zusammenhang die jeweiligen überaus aktuellen Bezüge herstellt. Besonders beeindruckend ist die insgesamt kritische und gleichermaßen praxisorientierte Aufarbeitung des Themenfeldes auf Basis eines gesicherten theoretischen Fundaments.

Die von sehr großer wissenschaftlicher Originalität und Eigenständigkeit sowie beeindruckender Analysetechnik geprägte Arbeit von Herrn Dr. *Florian Müller*, die der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität des Saarlandes als Dissertation vorgelegt und mit hervorragendem Ergebnis angenommen wurde, verdient wegen ihrer wissenschaftlichen Vorreiterrolle im Rahmen der neuen gesetzlichen Regelungen zur Erbschaftsteuer und wegen ihrer Gesamtgestaltung eine besondere Verbreitung in Theorie und Praxis.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit entstand während meiner Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Betriebswirtschaftlichen Institut für Steuerlehre und Entrepreneurship, Lehrstuhl für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Betriebswirtschaftliche Steuerlehre, Institut für Existenzgründung/Mittelstand, an der Universität des Saarlandes in Saarbrücken. Sie wurde im Wintersemester 2016/2017 von der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität des Saarlandes unter dem Arbeitstitel „Unternehmensnachfolge im Spannungsfeld der Erbschaftsteuergesetzgebung“ als Dissertation angenommen und berücksichtigt zudem die relevanten Gesetzesänderungen bis einschließlich 04.11.2016.

Meinem verehrten akademischen Lehrer und Erstgutachter, Herrn Univ.-Prof. Dr. *Heinz Kußmaul*, gilt mein ganz herzlicher Dank für die Betreuung und die Realisation des Promotionsvorhabens sowie seine umfängliche Unterstützung. Ebenfalls herzlich bedanken möchte ich mich bei Herrn Univ.-Prof. Dr. *Michael Olbrich* für die Übernahme des Zweitgutachters. Ebenso sei Herrn Univ.-Prof. Dr. *Gerd Waschbusch* für die Übernahme des Vorsitzes und Frau Dr. *Claudia Floren* für die des Beisitzes des Disputationsausschusses herzlichst gedankt.

Für die Aufnahme in diese Schriftenreihe gebührt mein Dank den Herren Prof. Dr. *Claus-Peter Weber* und Univ.-Prof. Dr. *Heinz Kußmaul*. Für die harmonische Zusammenarbeit mit dem Erich Schmidt Verlag im Rahmen der Veröffentlichung danke ich stellvertretend Herrn Dr. *Joachim Schmidt* und insbesondere Frau Dr. *Claudia Teuchert-Pankatz*.

Für die tatkräftige Unterstützung im Umfeld der Promotion und für ihre aufmunternden Worte danke ich Frau *Heike Mang*. Mein besonderer Dank gilt zudem meinen derzeitigen und ehemaligen Lehrstuhlkolleginnen und -kollegen, Frau Dr. *Carina Ollinger*, Herrn Dr. *Christian Delarber*, Frau *Chantal Nauman*, M.Sc., Herrn *Bela Berens*, M.Sc., Herrn *Daniel Licht*, M.Sc., Herrn Dr. *Tim Palm*, Herrn Dr. *Christian Schwarz* und Herrn *Florian Kloster*, M.Sc., für das sorgsame Korrekturlesen und die hilfreichen Anmerkungen. Nicht minder danke ich hierfür ebenso Herrn StB *Werner Koch* und Herrn WP *Christian Koch*. Für die umfänglichen Vorbereitungen im Zuge des Disputationsvortrags danke ich vor allem Frau Dipl.-Soz.päd. *Cornelia Krämer*, Herrn Dr. *Christian Delarber*, Frau *Chantal Naumann*, M.Sc., Herrn *Bela Berens*, M.Sc., sowie Herrn Univ.-Prof. Dr. *Lutz Richter* und Frau Dr. *Carina Ollinger*. Für die angenehme Zusammenarbeit während meiner Zeit als Geschäftsführer der Wirtschaftswissenschaftlichen Seminarbibliothek der Universität des Saarlandes bin ich den derzeitigen und ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu Dank verpflichtet.

Meiner Familie – allen voran meinen Eltern *Beate* und *Ferdinand Müller* sowie meiner Oma *Irene Alt* – danke ich von ganzem Herzen für ihre selbstlose und aufopfernde Unterstützung, ohne die ich meinen Lebensweg nicht hätte beschreiten können. Mein Dank gilt insbesondere auch *Conny*. Ohne Deinen Rückhalt, Deine Motivation und Deine Liebe – auch in turbulenten Zeiten – hätte ich nie diese Kraft aufbringen können. Dir sei diese Arbeit gewidmet.

Inhaltsübersicht

Geleitwort	V
Vorwort	VI
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Symbolverzeichnis	XXXI
Abbildungsverzeichnis	XXXIII
Beispielverzeichnis	XXXV
Tabellenverzeichnis	XXXVII
1 Einleitung	1
1.1 Thematik und Motivation	1
1.2 Verlauf der Untersuchung	5
2 Unternehmensnachfolge und Erbschaftsteuer	9
2.1 Erbschaftsteuer in der Unternehmensnachfolge	9
2.2 Grundlagen des Erbschaftsteuerrechts	10
3 Historische Gegenüberstellung des Erbschaftsteuerrechts	17
3.1 Erbschaftsbesteuerung von der Antike bis zur Renaissance	17
3.2 Erbschaftsbesteuerung von der Reformation bis zum Rheinbund	24
3.3 Erbschaftsbesteuerung vom Wiener Kongress bis zum Norddeutschen Bund	39
3.4 Erbschaftsbesteuerung vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik	49
4 Erbschaftsbesteuerung in der Moderne	95
4.1 Neues Erbschaftsteuersystem	95
4.2 Einheitswertbeschlüsse vom 22.06.1995.....	110
4.3 Erstes Zwischenspiel oder Ruhe vor dem Sturm.....	125
4.4 Paukenschlag des Bundesverfassungsgerichts vom 07.11.2006	131
4.5 Zweites Zwischenspiel oder Zeiten verfassungsmäßiger Zustände	147
5 Erbschaftsteuerrecht im Lichte des neuen Bundesverfassungsgerichtsurteils	155
5.1 Gesamtschau zum Bundesverfassungsgerichtsurteil.....	155
5.2 Kernaussagen des Bundesverfassungsgerichtsurteils.....	173
5.3 Spezieller Handlungsrahmen für den Gesetzgeber.....	182
5.4 Konsequenzen aus dem Bundesverfassungsgerichtsurteil	210

5.5	Gesetzgebungsverfahren und Reaktionen.....	221
5.6	Ausrichtungparameter der partiellen Gesetzesnovelle	223
6	Begünstigtes Betriebsvermögen.....	227
6.1	Grundkonzeption des Verschonungssystems.....	227
6.2	Begünstigungsfähiges Vermögen	230
6.3	Abgrenzung nach dem Verwaltungsvermögenskriterium	243
6.4	Definition des begünstigten Vermögens.....	259
6.5	Abgrenzung anhand eines integrativen Lösungsansatzes	286
6.6	Begünstigtes Vermögen als Symbioseprodukt	309
6.7	Beurteilung des modifizierten § 13b ErbStG.....	321
7	Verschonung von kleinen und mittleren Erwerben.....	323
7.1	Vorbemerkungen	323
7.2	Anwendung des Abschmelzmodells I.....	324
7.3	Zusätzliche Anwendung eines Abzugsbetrags.....	345
7.4	Gemeinsame Vorschriften für Verschonungsabschlag und Abzugsbetrag.....	348
7.5	Bedürfnisprüfung I als neue Verschonungsvoraussetzung	363
7.6	Option zur Vollverschonung.....	401
7.7	Beurteilung des modifizierten § 13a ErbStG	405
8	Verschonung von Großerwerben	407
8.1	Gewährung von Handlungsoptionen	407
8.2	Anwendung des Abschmelzmodells II	408
8.3	Individuelle Bedürfnisprüfung II	425
8.4	Vorteilhaftigkeit der Alternativenwahl	447
9	Schlussbemerkungen	451
9.1	Resümee.....	451
9.2	Ausblick	458
	Literaturverzeichnis.....	459
	Stichwortverzeichnis.....	607

Inhaltsverzeichnis

Geleitwort	V
Vorwort	VI
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Symbolverzeichnis	XXXI
Abbildungsverzeichnis	XXXIII
Beispielverzeichnis	XXXV
Tabellenverzeichnis	XXXVII
1 Einleitung	1
1.1 Thematik und Motivation	1
1.2 Verlauf der Untersuchung	5
2 Unternehmensnachfolge und Erbschaftsteuer	9
2.1 Erbschaftsteuer in der Unternehmensnachfolge.....	9
2.2 Grundlagen des Erbschaftsteuerrechts	10
2.2.1 Erbschaftsteuer im Steuersystem.....	10
2.2.2 Gesetzliche Konkretisierung.....	12
2.2.2.1 Steuerpflichtige Vorgänge	12
2.2.2.2 Steuerpflichtiger Erwerb als Bewertungsobjekt	13
2.2.2.3 Bewertung des steuerpflichtigen Erwerbs	15
3 Historische Gegenüberstellung des Erbschaftsteuerrechts	17
3.1 Erbschaftsbesteuerung von der Antike bis zur Renaissance	17
3.1.1 Sumer, Ägypten und Griechenland	17
3.1.2 Römisches Reich	18
3.1.3 Deutschland im Mittelalter	21
3.1.4 Italienische Stadtstaaten	23
3.2 Erbschaftsbesteuerung von der Reformation bis zum Rheinbund	24
3.2.1 Theoretische Entwicklungen im 17. und 18. Jahrhundert	24
3.2.2 Niederlande.....	26
3.2.3 Neue Erfahrungen in den deutschen Ländern.....	27
3.2.4 Sächsische Länder	31

3.2.5 Bayern und Preußen als Flächenstaaten.....	36
3.3 Erbschaftsbesteuerung vom Wiener Kongress bis zum Norddeutschen Bund.....	39
3.3.1 Theoretische Auseinandersetzungen im 19. Jahrhundert.....	39
3.3.2 Hamburg und die norddeutschen Stadtstaaten.....	41
3.3.3 Mittel- und Süddeutschland.....	43
3.3.4 Preußen.....	45
3.4 Erbschaftsbesteuerung vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik.....	49
3.4.1 Entwicklung in Preußen.....	49
3.4.2 Entwicklungen in den übrigen deutschen Ländern.....	51
3.4.3 Reichseinheitliches Erbschaftsteuergesetz.....	53
3.4.3.1 Theoretische und praktische Ausgangslage.....	53
3.4.3.2 Regelwerk des Reichserbschaftsteuergesetzes vom 03.06.1906.....	55
3.4.3.2.1 Steuerpflicht und Bewertung.....	55
3.4.3.2.2 Steuerberechnung und Steuerbefreiung.....	57
3.4.3.3 Geduldeter Pluralismus wider einheitliche Reichsgesetzgebung.....	60
3.4.3.4 Kritische Stimmen der Zeit.....	61
3.4.3.5 Nachträgliche Anpassungen bis zum Ende des Kaiserreichs.....	61
3.4.4 Erbschaftsbesteuerung in der Weimarer Republik.....	64
3.4.4.1 Folgen der Erzberger'schen Finanz- und Steuerreform.....	64
3.4.4.1.1 Nachlasssteuer.....	64
3.4.4.1.2 Erbanfallsteuer.....	66
3.4.4.1.2.1 Steuerpflichten.....	66
3.4.4.1.2.2 Steuerberechnungen.....	67
3.4.4.1.2.3 Steuerbegünstigungen.....	69
3.4.4.1.3 Gesamtbetrachtung der Belastungswirkungen.....	71
3.4.4.2 Erbschaftsteuerliche Erleichterungen bis zur Unterwanderung der Weimarer Republik.....	74
3.4.4.2.1 Erbschaftsteuerumstrukturierung zu Beginn der Goldenen Zwanziger.....	74
3.4.4.2.1.1 Neufassung vom 20.07.1922.....	74
3.4.4.2.1.2 Erbschaftsteuerliche Konsequenzen der Notverordnungen.....	77
3.4.4.2.2 Erbschaftsteuerliche Bewertung durch eine dauerhafte Vermögensteuer.....	78
3.4.4.2.3 Modifiziertes Erbschaftsteuergesetz vom 22.08.1925.....	80

3.4.5	Erbschaftsbesteuerung unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und während der Besatzungszeit	82
3.4.5.1	Erbschaftsteuerliche Milderungen durch das Gesetz vom 16.10.1934.....	82
3.4.5.2	Erbschaftsteuerbelastung unter dem Alliierten Kontrollrat	84
3.4.5.3	Erbschaftsteuerbelastung unter der Militärregierung	84
3.4.6	Eigenständige Besteuerung von Erbschaften im geteilten Deutschland.....	86
3.4.6.1	Erbschaftsbesteuerung in der Bundesrepublik Deutschland.....	86
3.4.6.1.1	Gesetzesnovelle vom 30.06.1951	86
3.4.6.1.2	Tarifabsenkung durch das Gesetz vom 16.12.1954	89
3.4.6.1.3	Neufassung des Erbschaftsteuergesetzes vom 01.04.1959	89
3.4.6.2	Grundzüge der Erbschaftsbesteuerung in der Deutschen Demokratischen Republik.....	92
4	Erbschaftsbesteuerung in der Moderne	95
4.1	Neues Erbschaftsteuersystem	95
4.1.1	Hintergründe der großen (Erbschaft-) Steuerreform	95
4.1.2	Systematik und die Neuerungen des Erbschaftsteuergesetzes vom 17.04.1974.....	96
4.1.3	Verlauf an Gesetzesmodifikationen in der Folgezeit.....	101
4.1.3.1	Vom Beginn der Abgabenordnung bis zum Ende der Deutschen Demokratischen Republik	101
4.1.3.2	Implementierung von expliziten Betriebsvermögensbegünstigungen	104
4.1.3.2.1	Steueränderungsgesetz vom 25.02.1992	104
4.1.3.2.2	Standortsicherungsgesetz vom 13.09.1993	106
4.1.3.2.3	Missbrauchsbekämpfung und das Jahressteuergesetz 1996.....	107
4.2	Einheitswertbeschlüsse vom 22.06.1995.....	110
4.2.1	Kritik aus Karlsruhe zum Erbschaftsteuerrecht.....	110
4.2.2	Vorgabenumsetzung durch das Jahressteuergesetz 1997	113
4.2.2.1	Änderungen innerhalb des Erbschaftsteuergesetzes	113
4.2.2.1.1	Explizite Betriebsvermögensbegünstigungen	113
4.2.2.1.2	Abstimmung von Steuerklassen, Freibeträgen und Tarif.....	118
4.2.2.2	Änderungen innerhalb des Bewertungsgesetzes.....	121
4.2.3	Kritik aus Karlsruhe zur Vermögensteuer	124
4.3	Erstes Zwischenspiel oder Ruhe vor dem Sturm.....	125
4.3.1	Anpassungen betreffend das Erbschaftsteuergesetz	125
4.3.2	Anpassungen betreffend das Bewertungsgesetz.....	129

4.4	Paukensschlag des Bundesverfassungsgerichts vom 07.11.2006	131
4.4.1	Der lange Weg nach Karlsruhe	131
4.4.2	Kritik aus Karlsruhe zum Erbschaftsteuerrecht	132
4.4.3	Verfassungsmäßigkeit durch eine Erbschaftsteuerreform	134
4.4.3.1	Änderungen innerhalb des Erbschaftsteuergesetzes	134
4.4.3.1.1	Betriebsvermögensbegünstigungen.....	134
4.4.3.1.2	Grundvermögensbegünstigungen.....	139
4.4.3.1.3	Freibeträge, Familienheim, Tarif und weitere Änderungen	139
4.4.3.2	Änderungen innerhalb des Bewertungsgesetzes	142
4.5	Zweites Zwischenspiel oder Zeiten verfassungsmäßiger Zustände.....	147
4.5.1	Wachstum, Gleichbehandlung und Steuervereinfachung	147
4.5.2	Steuerpflichten, Tatbestände und Ausgleichsforderungen.....	149
4.5.3	Schädliche Finanzausstattung	151
5	Erbschaftsteuerrecht im Lichte des neuen Bundesverfassungsgerichtsurteils	155
5.1	Gesamtschau zum Bundesverfassungsgerichtsurteil	155
5.1.1	Zugrunde liegender Streitfall	155
5.1.2	Beitrittsaufforderung gegenüber dem Bundesfinanzministerium	157
5.1.2.1	Verfassungsmäßigkeit des § 19 ErbStG im Jahr 2009.....	157
5.1.2.2	Verfassungsmäßigkeit der §§ 13a und 13b ErbStG	158
5.1.3	Vorlage des Bundesfinanzhofs	161
5.1.3.1	Negative Beurteilung der Betriebsvermögensbegünstigungen	161
5.1.3.1.1	Verfassungsrechtlich anzulegende Prüfungsmaßstäbe.....	161
5.1.3.1.2	Wechselwirkungen zwischen Bemessungsgrundlage und Tarif	163
5.1.3.1.3	Überprivilegierung ausgewählter Vermögensarten.....	163
5.1.3.1.4	Permeables Verwaltungsvermögenskriterium.....	165
5.1.3.1.5	Zielverfehlung des Lohnsummentests.....	169
5.1.3.2	Verfassungskonformität der tariflichen Gleichbehandlung	170
5.1.3.3	Zusammenfassung der Kritik	171
5.2	Kernaussagen des Bundesverfassungsgerichtsurteils	173
5.2.1	Entscheidungserhebliches Umfeld des Urteils.....	173
5.2.2	Umfängliche verfassungsrechtliche Prüfung	175
5.2.3	Einschätzungsprärogative der Legislative	177
5.2.4	Konsequente Umsetzung der getroffenen Belastungsentscheidung und Anforderungen an Ausnahmen	178

5.2.5	Verfassungsrechtlich inkonforme Gestaltungsmaßnahmen	180
5.3	Spezieller Handlungsrahmen für den Gesetzgeber.....	182
5.3.1	Vorliegen tragfähiger Rechtfertigungsgründe	182
5.3.1.1	Verschonungsziele und ihre Umsetzung	182
5.3.1.2	Geeignetheits- und Erforderlichkeitsprüfung	187
5.3.2	Bedürfnisprüfung bei großen Unternehmen	191
5.3.3	Überprivilegierung von ausgewählten Betrieben	194
5.3.4	Keine tragfähige Rechtfertigung des Verwaltungsvermögenstests	200
5.3.5	Verfassungskonformitätsbescheinigungen	204
5.3.5.1	Festschreibung der begünstigten Vermögensarten	204
5.3.5.2	Dauer der Behaltensfristen	209
5.4	Konsequenzen aus dem Bundesverfassungsgerichtsurteil	210
5.4.1	Gegenüberstellung der Ansichten des Bundesfinanzhofs und des Bundesverfassungsgerichts.....	210
5.4.2	Planungssicherheit.....	214
5.4.3	Maßnahmenkatalog für den Steuergesetzgeber	219
5.5	Gesetzgebungsverfahren und Reaktionen	221
5.6	Ausrichtungparameter der partiellen Gesetzesnovelle	223
6	Begünstigtes Betriebsvermögen	227
6.1	Grundkonzeption des Verschonungssystems	227
6.2	Begünstigungsfähiges Vermögen.....	230
6.2.1	Land- und forstwirtschaftliches Vermögen	230
6.2.2	Betriebsvermögen i.e.S.....	232
6.2.3	Anteile an Kapitalgesellschaften	238
6.3	Abgrenzung nach dem Verwaltungsvermögenskriterium	243
6.3.1	Nichtbegünstigung von Verwaltungsvermögen	243
6.3.2	Verwaltungsvermögenskatalog	245
6.3.2.1	Vorbemerkungen	245
6.3.2.2	Dritten zur Nutzung überlassene Grundstücke i.w.S.	245
6.3.2.3	Kapitalgesellschaftsanteile von nicht mehr als 25 %.....	250
6.3.2.4	Personengesellschaftsbeteiligungen und Kapitalgesellschaftsanteile.....	252
6.3.2.5	Wertpapiere und vergleichbare Forderungen	253
6.3.2.6	Finanzmittel	254

6.3.2.7 Kunstgegenstände	256
6.3.3 Interpretation des Verwaltungsvermögenskatalogs	257
6.4 Definition des begünstigten Vermögens.....	259
6.4.1 Vorbemerkungen	259
6.4.2 Bestimmung der Größe des begünstigten Vermögens.....	260
6.4.2.1 Begünstigtes Vermögen der Land- und Forstwirtschaft	260
6.4.2.2 Begünstigung Betriebsvermögen i.w.S. nach dem Hauptzweckansatz.....	261
6.4.2.2.1 Darstellung der Ausgangsnorm.....	261
6.4.2.2.2 Positive und negative Aspekte des Hauptzweckansatzes.....	266
6.4.2.3 Finanzmitteltest.....	269
6.4.2.4 Nettowertbetrachtung des begünstigten Vermögens.....	271
6.4.2.5 Gesetzliche Umwidmung von nicht begünstigtem Vermögen.....	275
6.4.3 Konsolidierte Verbundvermögensaufstellung	279
6.5 Abgrenzung anhand eines integrativen Lösungsansatzes	286
6.5.1 Vorbemerkungen	286
6.5.2 Überarbeiteter Verwaltungsvermögenskatalog.....	287
6.5.2.1 Punktuelle Modifikationen und Kunstgegenstände	287
6.5.2.2 Wertpapiere und Finanzmittel.....	289
6.5.2.3 Schuldenaufteilung und junges Vermögen	292
6.5.3 Verbundvermögensaufstellung	295
6.5.4 Relation des schädlichen und unschädlichen Vermögens.....	299
6.5.4.1 Bestimmung des Verwaltungsvermögensanteils	299
6.5.4.2 Bestimmung des Anteils des begünstigten Vermögens	302
6.5.5 Gesonderte Feststellung und Zuständigkeit	306
6.5.6 Transfer von begünstigtem Vermögen auf einen Dritten	308
6.6 Begünstigtes Vermögen als Symbioseprodukt	309
6.6.1 Transformation des begünstigungsfähigen Vermögens.....	309
6.6.2 Mittelbare Berücksichtigung der betrieblichen Altersvorsorge	310
6.6.3 Modifizierter Verwaltungsvermögenskatalog	312
6.6.4 Reinvestitionsklausel	315
6.6.5 Strukturierter Nettowert des Verwaltungsvermögens.....	318
6.6.6 Angepasste Verbundvermögensaufstellung	319
6.7 Beurteilung des modifizierten § 13b ErbStG.....	321

7	Verschonung von kleinen und mittleren Erwerben	323
7.1	Vorbemerkungen	323
7.2	Anwendung des Abschmelzmodells I	324
7.2.1	Inanspruchnahme des Verschonungsabschlags I	324
7.2.2	Bestehen des Lohnsummentests	325
7.2.2.1	Lohnsummenfrist und Lohnsummengrenzen	325
7.2.2.2	Staffelung der Mindestlohnsumme	329
7.2.2.3	Berechnung der Lohnsumme und der Beschäftigtenzahl	332
7.2.2.4	Bestandteile der Vergütungen	335
7.2.2.5	Besondere Berücksichtigung von Personengesellschaftsbeteiligungen und von Kapitalgesellschaftsanteilen	337
7.2.2.6	Verringerter Verschonungsabschlag – Abschmelzmodell Ia	341
7.2.3	Gesonderte Feststellung von Lohnsumme und Beschäftigtenzahl	342
7.2.4	Besondere Anzeige- und erweiterte Mitwirkungspflichten	343
7.3	Zusätzliche Anwendung eines Abzugsbetrags	345
7.4	Gemeinsame Vorschriften für Verschonungsabschlag und Abzugsbetrag	348
7.4.1	Vorbemerkungen	348
7.4.2	Versagung bei Zwischenerwerben	349
7.4.3	Behaltensfrist als korrigierendes Überprüfungselement	350
7.4.3.1	Vermögensbindung	350
7.4.3.2	Nachsteuertatbestände	352
7.4.3.2.1	Veräußerung von Betriebsvermögen i.e.S.	352
7.4.3.2.2	Veräußerung von land- und forstwirtschaftlichem Vermögen	353
7.4.3.2.3	Veräußerung von Kapitalgesellschaftsanteilen	354
7.4.3.2.4	Verfügungsbeschränkungen und Stimmrechtsbündelung	355
7.4.3.2.5	Tätigung von Überentnahmen	357
7.4.3.3	Verringerter Verschonungsabschlag – Abschmelzmodell Ib	359
7.4.3.4	Reinvestitionsklausel	361
7.4.3.5	Zusammentreffen von Lohnsummenfrist und Nachsteuertatbestand	362
7.5	Bedürfnisprüfung I als neue Verschonungsvoraussetzung	363
7.5.1	Vorbemerkungen	363
7.5.2	Größenkriterien der Bedürfnisprüfung I	365
7.5.2.1	Ausgangslage zur Schaffung einer Neuregelung	365

7.5.2.2	Bezugspunkte der Abgrenzung	367
7.5.2.3	Höhe der Abgrenzung	370
7.5.2.4	Ursprüngliche Ausgestaltung der Abgrenzung und Umstrukturierung durch den Finanzausschussentwurf.....	378
7.5.3	Besonderheiten bei Familienunternehmen.....	382
7.5.3.1	Prüfchwelle II	382
7.5.3.2	Qualitative Abgrenzungskriterien	385
7.5.3.3	Kumulation der Voraussetzungen und Beschränkungszeitraum.....	390
7.5.3.4	Rückkopplung zwischen Bewertungs- und Besteuerungsebene	396
7.5.3.5	Konvertierung der Prüfschwelle II.....	399
7.6	Option zur Vollverschonung.....	401
7.7	Beurteilung des modifizierten § 13a ErbStG	405
8	Verschonung von Großerwerben	407
8.1	Gewährung von Handlungsoptionen	407
8.2	Anwendung des Abschmelzmodells II	408
8.2.1	Ermittlung des reduzierten Verschonungsabschlags	408
8.2.2	Basisverschonung	415
8.2.3	Verschonungsabschlagskompromiss	418
8.2.4	Zusätzliche Voraussetzungen und Gestaltungsvermeidung.....	420
8.2.5	Individuelle Fallkonstellationen	422
8.3	Individuelle Bedürfnisprüfung II	425
8.3.1	Voraussetzungen zur Inanspruchnahme des Erlassmodells.....	425
8.3.2	Einbeziehung der individuellen Leistungsfähigkeit.....	429
8.3.2.1	Zugleich erworbenes (Privat-) Vermögen.....	429
8.3.2.2	Vorhandenes (Privat-) Vermögen	431
8.3.2.3	Zukünftiges (Privat-) Vermögen.....	433
8.3.3	Einzuhaltende Bedingungen des Erbschaftsteuererlasses.....	434
8.3.4	Spezielle Stundungsmöglichkeit bei Verschonungsbedarf.....	437
8.3.5	Allgemeine erbschaftsteuerliche Stundungsmöglichkeiten	439
8.3.5.1	Stundung für ausgewählte Vermögensarten	439
8.3.5.2	Zusätzliche Stundung für begünstigtes Vermögen	442
8.3.6	Ermessensgeleitete Stundung nach § 222 AO	446
8.4	Vorteilhaftigkeit der Alternativenwahl	447

9	Schlussbemerkungen.....	451
9.1	Resümee	451
9.2	Ausblick.....	458
	Literaturverzeichnis	459
	Stichwortverzeichnis	607